



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73041
Fax 030 227 – 76041

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Pressemitteilung

27.06.2012

Weiterbildungs-Mindestlohn: Bundesregierung begeht Wortbruch

Zur Weigerung der Bundesregierung, den Mindestlohn-Tarifvertrag für die rund 26.000 Beschäftigten in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für allgemeinverbindlich zu erklären, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Wirtschaftsminister Rösler muss endlich den Fuß von der Bremse nehmen und vor allem Wort halten. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung die Beschäftigten der Weiterbildungsbranche im Regen stehen lässt und sich weigert, den Mindestlohn-Tarifvertrag für die Weiterbildungsbranche allgemeinverbindlich zu erklären. Sie begeht damit Wortbruch und ignoriert die Vereinbarung, die im Vermittlungsverfahren um die Arbeitslosengeld II-Regelsätze getroffen wurde. Das ist keine seriöse Politik.

In der Folge bekommen die Beschäftigten in der Weiterbildungsbranche im Rechtskreis SGB II und III weiterhin prekäre Löhne. Sie leisten wertvolle Arbeit. Das muss mit fairen Löhnen honoriert werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend zu ihrem Wort zu stehen und den Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche endlich allgemeinverbindlich zu erklären. Die unverantwortliche Politik muss endlich ein Ende haben.